

Wahlprüfsteine: Landesvereinigung Baden in Europa

1.) Zentralismus

Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa: Seit Langem kritisieren Bürgerinnen und Bürger den zentralistischen Kurs der Baden-Württembergischen Landespolitik. Die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. mahnt deshalb schon seit Jahren, die damit verbundene Benachteiligung der außerhalb der Metropolregion Stuttgart liegenden, badischen und württembergischen Regionen zu beenden. Der Landtag hat erfreulicherweise am 25.09.2015 eine Ergänzung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg beschlossen. Der Artikel 3a lautet nun: „Der Staat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land.“ Große Hoffnungen haben wir daraufhin auf Veränderungen gesetzt, aber konnten bisher keine wahrnehmen. Unsere Untersuchungen der Bundesländer haben gezeigt, dass in keinem anderen Bundesland die Konzentration von Behörden und Institutionen in der Landeshauptstadt so stark ist wie in Baden-Württemberg. Das Land Bayern, das auch eher zentralistisch organisiert war, hat in den letzten Jahren mit großem Erfolg dezentralisiert, gleichzeitig Strukturpolitik betrieben und die Mittelzentren durch die Verlegung von Arbeitsplätzen gestärkt. Dadurch wurde die Landeshauptstadt entlastet. Ein Ministerium wurde nach Nürnberg verlegt. Der Digitalisierungsschub durch die Corona-Pandemie beweist inzwischen die großen Möglichkeiten für die Auslagerung von Verwaltungsstrukturen in die Fläche. In den letzten Jahren hat im Gegensatz dazu das Land Baden-Württemberg zwei Schulinstitute und zwei Lehrstühle zur Förderung der Biodiversität in Stuttgart gegründet und folgte damit nicht dem Rat der Fachleute, die jeweils aus sachlichen Gründen einen Lehrstuhl in Hohenheim und einen in Karlsruhe vorgeschlagen hatten.

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion: Wie können Sie diese Entscheidung entgegen den Verfassungszielen vertreten?

Antwort: Wir Grüne setzen uns für das ganze Land ein. Besonders ist uns daran gelegen, den ländlichen Raum zu stärken. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Lebensbedingungen in Stadt und Land gleichermaßen attraktiv sind. Deshalb setzen wir uns unter anderem für eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunk-Infrastruktur ein, für gute Schulen und eine verlässliche Kinderbetreuung. Auch ein vielfältiges kulturelles Angebot gehört dazu. Darüber hinaus wollen wir die Versorgung mit Geschäften, Ärzten*innen und Behörden wieder dezentralisieren und lokale Angebote stärken. Dabei spielen auch Landeseinrichtung eine Rolle, die wir im Gleichgewicht zwischen Stadt und Land verteilen wollen. Nicht zufällig ist die Änderung der Landesverfassung, die Sie erwähnen, in der ersten Wahlperiode einer grün-geführten Landesregierung verabschiedet worden. Und selbstverständlich fühlen wir uns diesem neuen Verfassungs-Paragrafen uneingeschränkt verpflichtet. Aus unserer Sicht ist es aber richtig, nicht alle Einzelentscheidungen strikt nach einer Quote oder einem paritätischen System zu treffen. Eine Einzelentscheidung allein – wie die angesprochene Verteilung der Lehrstühle – steht nach unserem Verständnis dem Artikel 3a der Landesverfassung nicht entgegen. Die Entscheidung wurde aus sachlichen Gründen getroffen und kann natürlich diskutiert werden. Aber seien Sie versichert: Dahinter steckt keine strukturelle Benachteiligung einer bestimmten Region. Wir setzen uns mit aller Kraft für unser Land als Ganzes ein und behalten dabei alle Regionen gleichermaßen im Blick.

2.) Steuereinnahmen und Ausgaben

Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa: Seit Jahren beobachtet die Landesvereinigung Baden in Europa e.V., dass durchschnittlich 45% der Steuereinnahmen des Landes im Landesteil Baden erwirtschaftet werden, ein Zeichen für die Wirtschaftskraft des Landesteils Baden mit seinen 5,1 Millionen

Einwohnern, der von württembergischen Politikern gerne als der Landesteil bezeichnet wird, „in den württembergisches Geld gepumpt werden muss“, wie es der frühere Wirtschaftsminister Döring einmal öffentlich ausgedrückt hat. Tatsächlich ist also das Gegenteil der Fall. Investitionen und Förderungen im Landesteil Baden, in vielen Bereichen standen in den letzten Jahrzehnten in krassem Gegensatz zur Steuerkraft (siehe beiliegendes Faltblatt der Landesvereinigung Baden in Europa e.V. in digitaler Form im Anhang).

Wie werden Sie in der Zukunft bei der Verteilung der Steuereinnahmen gerechter verfahren?

Antwort: Das Land Baden-Württemberg ist wirtschaftlich insgesamt sehr gut aufgestellt. Dazu leisten alle Regionen unseres Bundeslandes einen unverzichtbaren Beitrag. Was uns so stark macht, ist gerade die große Leistungsfähigkeit und Innovationskraft aller Landesteile. Wir Grüne würden nie auf die Idee kommen, einzelne Regionen als „Klotz am Bein“ zu verstehen. Bei der Entscheidung, wie Steuermittel im Einzelnen eingesetzt werden sollen, sind für uns einzig sachliche Gründe maßgeblich. Eine strikte und automatische Verteilung der Gelder nach dem Steueraufkommen scheint uns nicht sinnvoll. Vielmehr muss sich die Verteilung an den Aufgaben orientieren. Allerdings können Sie sich sicher sein: Wir achten darauf, dass kein Landesteil strukturell benachteiligt wird.

3.) Benachteiligung des badischen Landesteils

Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa: *Bei der Förderung der Kultur sind Fortschritte für Baden erkennbar, aber noch immer wird z.B. die Wilhelma als staatlicher Zoo jährlich mit ca. 12 – 15 Millionen, einschl. Investitionen finanziert, während die Zoos in Heidelberg und Karlsruhe sowie der Tierpark in Freiburg von den Städten auf eigene Kosten betrieben werden müssen. Als Begründung wird die Wilhelma als „Königliches Erbe“ ausgegeben, wobei längst bekannt ist, dass der Botanische Garten der Könige von Württemberg erst nach Gründung des Landes Baden-Württemberg zum Zoo ausgebaut wurde. In Stuttgart fühlt sich das Land dem König verpflichtet, in Karlsruhe dagegen wird z.B. die Verantwortung für die vom Badischen Großherzog gegründete Majolika-Manufaktur abgelehnt. Ein weiteres Beispiel ist das von den Markgrafen von Baden erbaute „Neue Schloss“ in Baden-Baden. Als es aus wirtschaftlichen Gründen von der heutigen Markgräflichen Familie verkauft werden musste, machte das Land noch nicht einmal von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch und deshalb besteht heute die Gefahr eines Verfalls von unter höchstem Denkmalschutz stehenden Gebäuden und ausgedehnten historischen Parkanlagen, die das Stadtbild belasten.*

Welche Pläne haben Sie, um diese aufgezeigten Schieflagen zu beheben?

Antwort: Es liegt uns ganz besonders am Herzen, die Kultur und unser kulturelles Erbe in ganz Baden-Württemberg zu fördern. Deshalb haben wir als grün-geführte Landesregierung den Kulturstandort Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Dabei ist uns vor allem der Aspekt der kulturellen Bildung wichtig. So haben wir z.B. dafür gesorgt, dass Kinder und Jugendliche freien Eintritt in die Dauerausstellungen der Landesmuseen haben. Ein weiterer Schwerpunkt unserer kulturellen Förderung ist der ländliche Raum. Kulturelle Angebote soll es nicht nur in den Ballungszentren geben, sondern auch in ländlich geprägten Regionen. Das ist uns besonders wichtig. Dabei stehen wir im regen Austausch mit den Kommunen. Sie tragen ebenfalls einen wichtigen Teil dazu bei, die kulturelle Landschaft in Baden-Württemberg zu erhalten, zu fördern und auszubauen. Diese Politik, mit der wir unser Land als Kulturstandort aktiv gestalten, wollen wir fortführen. Dabei haben wir alle Landesteile im Blick. Eine Benachteiligung eines Landesteiles können wir in diesem Bereich nicht ausmachen. Die Beispiele, die Sie erwähnen, betreffen einzelne Entscheidungen, die teilweise auch schon lange zurückliegen. Was die Wilhelma angeht: Sie ist rein rechtlich tatsächlich ein Erbe des Landes Baden-Württemberg als Rechtsnachfolger des württembergischen Königs, auch wenn der Zoo erst in der Anfangszeit unseres Bundeslandes integriert wurde.

4.) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO)

***Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa:** Die Aachener Verträge haben den Regionen an der bisherigen Deutsch-Französischen-Grenze, und so auch der am Rhein vor Jahren gegründeten Trinationalen-Metropolregion-Oberrhein neue Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen, die vom Land Baden-Württemberg zu Recht eine stärkere Unterstützung erwarten. Dies gilt auch für die vier Eurodistrikte in Basel, Freiburg-Mulhouse-Colmar, Strasbourg-Ortenau und im PAMINA-Raum. Das Miteinander an den Grenzen benötigt neue Impulse. Frankreich hat mit der Gebietsreform aktuell für die Zusammenarbeit am Oberrhein einen wichtigen Beitrag geleistet. Der Corona-Lock-Down hat gezeigt, dass zur Überwindung der Grenzen noch viele Initiativen notwendig sind. Hier bedarf es der Unterstützung durch die Landespolitik für lokale Kooperationen, Förderung der Sprache des Nachbarn und grenzüberschreitende Mobilität. Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz kommt hier eine wichtige Aufgabe zu, die auch öffentlich an Bedeutung gewinnen muss, damit der Aachener Vertrag mit Leben erfüllt wird.*

Als Vision steht ein Kooperationsfonds für herausragende grenzüberschreitende Projekte. Wir am Rhein sehen eine große Bereitschaft in der Region Grand Est für eine stärkere Zusammenarbeit am Rhein.

Der frühere Ministerpräsident Lothar Späth hat bereits in den 80er Jahren in einer Rede zu einer Entwicklung der Länder Nordschweiz, Elsass, Baden und Pfalz als „Kernregion Europas“ aufgerufen.

Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die Trinationale Metropolregion Oberrhein zu stärken?

Antwort: Keine andere europäische Region arbeitet grenzüberschreitend so eng und erfolgreich zusammen wie die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO). Viele private und staatliche Initiativen fördern in der Dreiländerregion Projekte u.a. in den Bereichen Mobilität, Bildung, Forschung und Umweltschutz. Durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie wird diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor neue große Herausforderungen gestellt.

Wir setzen uns dafür ein, die gelebte enge Partnerschaft zwischen Frankreich und Baden-Württemberg weiter auszubauen. In den vergangenen Jahren ist auf Initiative der grün-geführten Landesregierung die Partnerschaftskonzeption Baden-Württemberg und Frankreich entstanden. Sie ist gemeinsam im Dialog mit Bürger*innen, Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft sowie Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Umwelt, Gesundheit, Kultur, Verwaltung und Kommunen aus Baden-Württemberg und Frankreich erarbeitet worden. Diese Konzeption bietet den strategischen Handlungsrahmen, mit dem wir die Zusammenarbeit in der TMO in den nächsten Jahren stärken und qualitativ weiterentwickeln wollen.

Mit der Partnerschaftskonzeption haben wir unter Federführung von Staatsrätin Gisela Erler eine innovative, ressortübergreifende Zukunftsstrategie für die deutsch-französische Kooperation vorgelegt. Darin haben wir gemeinsam zehn thematische Aktionsfelder mit kurz-, mittel-, und langfristigen Zielen identifiziert und dazu über 100 Maßnahmen festgehalten. Damit wollen wir die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren nach und nach voranbringen. Einen Überblick über die Aktionsfelder findet sich auf der Internetseite www.vivelawir.eu. Die Partnerschaftskonzeption korrespondiert mit den Strategien der Partner am Oberrhein, der Strategie der Région Grand Est, der Strategie der beiden elsässischen Départements sowie der Strategie 2030 für die TMO.

Ein Herzstück der Partnerschaftskonzeption ist der Mikroprojektfonds, mit dem niederschwellig insbesondere kleinere Initiativen und Projekte gefördert werden können. Das können zum Beispiel Projekte aus den Bereichen Sport, Kultur, Städtepartnerschaft, Sprache des Nachbarn, Verkehr oder Umwelt sein. Zu nennen ist zudem die Image-Kampagne zur Förderung der französischen Sprache sowie die geplante Online-Plattform für die baden-württembergisch-französische Grenzregion. Sie soll dazu beitragen, die bestehenden Strukturen und Angebote am Oberrhein für interessierte Bürger*innen sichtbar und zugänglich zu machen. Daneben gibt es viele weitere Initiativen. Exemplarisch seien hier der jährliche Strategie-Dialog zu den Städtepartnerschaften und die Fortsetzung und langfristige Finanzierung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung genannt.

In den vergangenen Jahren sind in der TMO viele Projekte erfolgreich umgesetzt worden. Dazu gehört die länderübergreifende Kooperation der Hochschulen (Trinationaler Verbund EUCOR und

TriRhenaTech) sowie der Bau der drei neuen Tramlinien Strasbourg-Kehl, Basel-Weil und Basel-St. Louis. Sie sind zukunftsweisend und wir wollen sie stärken und ausweiten. Auch die Bahnlinie zwischen Freiburg und Colmar stellt ein wichtiges europapolitisches Projekt dar. Dabei kommt der Abstimmung mit der Europäischen Union und dem INTERREG-Programm Oberrhein auch künftig eine große Bedeutung zu. Wir setzen auf klimafreundliche Mobilitätskonzepte für die Region. Über eine mehrsprachige App wollen wir ein ÖPNV-Ticket für die gesamte Region Oberrhein anbieten und die Vernetzung der Verkehrsträger verbessern. Und nicht zuletzt wollen wir den deutsch-französischen Zukunftsprozess Fessenheim mitgestalten und die Region zu einem Forschungs- und Zukunftsstandort für Erneuerbare Energien machen. Denn um in Europa bis 2050 klimaneutral zu werden, brauchen wir eine innovative und klimafreundliche Transformation unserer Wirtschaft – grenzüberschreitend.

5.) Mobilität am Oberrhein

Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa: Voraussetzung für die engere Zusammenarbeit am Oberrhein ist der Öffentliche Verkehr. Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits durch beachtliche Aktivitäten attraktive Verbindungen nach Wissembourg und Strasbourg initiiert. Baden-Württemberg kann bisher noch nicht von ähnlichen Erfolgen berichten. Die Verbindungen von Saarbrücken über Hagenau – Roeschwoog – Rastatt – Karlsruhe sind besonders wichtig. Die vorhandene Wintersdorfer Eisenbahnbrücke ist von besonderer Bedeutung. Für den kleinen Grenzverkehr müssen auch die rheinüberschreitenden Fahrradverbindungen im PAMINA-Park weiter ausgebaut werden wie an vielen Stellen im Oberrheingebiet.

Sind Sie bereit, sich für den dringend erforderlichen Ausbau des Öffentlichen Schienenverkehrs und des Radverkehrsnetzes am Rhein einzusetzen?

Antwort: Wir wollen die Wahl der Verkehrsmittel klimafreundlich verbessern, also mehr Leute dazu bringen, das Auto stehen zu lassen. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Kilometer verdoppeln, die Fahrgäste mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen. Das funktioniert nur, wenn Bahnen und Busse flächendeckend im dichten Takt verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und preislich attraktiv sind. Auch der Schienenverkehr muss als wichtige Säule des öffentlichen Verkehrs weiter ausgebaut werden. Das haben wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich getan und sind dabei schon gut vorangekommen.

Damit Europa noch besser zusammenwachsen kann, wollen wir die Verkehrslücken zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass am Oberrhein schließen und bestehende Verbindungen wie die Bahnlinie Stuttgart-Zürich erweitern. Dabei setzen wir auf die Förderung klimafreundlicher Mobilitätskonzepte und werden den grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen und attraktiver gestalten.

Über eine mehrsprachige App möchten wir ein ÖPNV-Ticket für die gesamte Region Oberrhein anbieten und die Vernetzung der unterschiedlichen Mobilitätsträger verbessern. Dazu gehört auch, das kostengünstige Baden-Württemberg-Ticket auf Ziele im Elsass und in der Schweiz zu erweitern. Wir Grüne engagieren uns für ein starkes europäisches Bahnnetz und die Anbindung Baden-Württembergs durch europäische Nachtzüge. Wir wollen Lücken im grenzüberschreitenden Bahnverkehr schließen und Bahnverbindungen über den Rhein reaktivieren.

Zum Radnetz am Rhein: Auf sicheren Wegen oder durch Parks mit Rad oder Pedelec zu fahren und zu Fuß zu gehen – das macht nicht nur Spaß, es ist auch gesund und emissionsfrei. Unser Ziel: Bis 2030 soll jeder zweite Weg aktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Die erfolgreiche Radstrategie des Landes muss auch weiterhin konsequent umgesetzt werden. Das heißt: mehr und sichere Rad- und Radschnellwege. Wir setzen uns dafür ein, bis 2030 mindestens 30 Radschnellverbindungen mit vordringlichem Bedarf zu realisieren. Zudem wollen wir die Radstrategie um eine Fußverkehrsstrategie ergänzen. Sie soll auf den vorhandenen guten Projekten aufbauen und mit den Bürger*innen und relevanten Akteur*innen erarbeitet werden.

Wir fördern nicht nur Fahrradstellplätze und -Parkhäuser an allen Bahnhöfen, sondern ebenso Sammelgaragen in bestehenden Wohngebieten, auch als Fahrradboxen am Straßenrand. Die Zahl der Bike-and-Ride-Stellplätze wollen wir im Land mit 100.000 zusätzlichen sicheren Stellplätzen verdoppeln. Und das sowohl am Rhein als auch in den anderen Teilen unseres schönen Landes.

6.) Universitäten und Hochschulen

***Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa:** In dem Zeitraum vor 2016 waren die Zuschüsse je Studierendem für badische Universitäten deutlich niedriger als für die württembergischen. Daraus resultiert ein Minderbetrag von 1246 Millionen Euro. Es ist davon auszugehen, dass dies auch für die Zeit vor 2003 zutrifft. Die Zuschüsse wurden allmählich angeglichen und 2015 und 2016 ergibt sich ein geringer Vorteil für die badischen Universitäten mit 11.074 Euro pro Studierendem gegenüber den Württembergischen mit 10.949 Euro pro Studierendem. Seit 2017 ergeben sich wieder Vorteile für die württembergischen Universitäten mit mehreren Hundert Euro pro Studierendem und Jahr.*

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Universitäten und Hochschulen besteht seit Jahren und ist erfolgreich und damit für das Land von großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Forschungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik.

6.1 Wie gedenken Sie diese Schieflage in der Finanzierung zu ändern?

Antwort: Bei der Hochschulfinanzierungspolitik leitet uns Grüne das Prinzip der Hochschulautonomie. Indem wir die Grundfinanzierung weiter stärken, erhalten die Hochschulen die Freiheit, die Mittel entsprechend ihrer Prioritäten einzusetzen. Das schafft Gestaltungsspielräume. Entscheidend hierfür sind Planungssicherheit und Perspektive, weil Prozesse in der Wissenschaft in der Regel längerfristig angelegt sind. Das Land verzichtet daher auf kleinteilige Steuerungsmechanismen und garantiert mehrjährige Finanzierungszusagen. Wir arbeiten dafür, dass Baden-Württemberg das Land der starken Hochschulen bleibt. Dabei haben wir alle Landesteile im Blick. Und das mit großem Erfolg: Neben der Universität Tübingen wurden im badischen Landesteil die Universitäten Heidelberg, Konstanz und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als Exzellenzuniversitäten ausgezeichnet. In Freiburg und Stuttgart konnten jeweils zwei themenspezifische Forschungsförderungen, sogenannte Exzellenzcluster, eingeworben werden. Und auch bei den europäischen Forschungsprojekten gehört Baden-Württemberg zu den Spitzenreitern. Insgesamt ergibt sich daraus eine durchaus vergleichbare finanzielle Verteilung der Mittel – auch wenn dies im wissenschaftlichen Maßstab nicht die oberste Priorität sein darf.

6.2 Wie werden Sie die Forschung und Entwicklung an den badischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und insbesondere im trinationalen Oberrheingebiet in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik unterstützen?

Antwort: Der wissenschaftliche Austausch über alle Grenzen hinweg ist heute wichtiger denn je. Wir unterstützen daher den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftler*innen. So beteiligen sich viele Hochschulen in Baden-Württemberg an Europäischen Hochschulen. Der Europäische Campus Oberrhein (EUCOR) ist hier ein Schrittmacher. Wir werden die regionale und internationale Vernetzung der Hochschulen ausbauen und weiterentwickeln.

Wir setzen zudem auf eine strategisch ausgerichtete Forschungsförderung. Dabei bleiben wir dem Prinzip „Breite und Spitze“ treu: Wir stärken Kompetenzen in den urbanen Zentren wie im ländlichen Raum. Zugleich bündeln wir Spitzenkompetenzen und vernetzen zentrale Akteur*innen. Unsere strategischen und disziplinübergreifenden Themen für Baden-Württemberg sind: der Wandel der Mobilität, die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, die Energie- und Klimaforschung, der Fortschritt in Medizin und Lebenswissenschaften sowie Digitalisierung und KI. Wir haben an den

Hochschulen, insbesondere im badischen Landesteil, sehr viel Expertise in diesen Bereichen und werden diese Kompetenz weiterhin strategisch fördern.

6.3 Innovationen werden zu 50% durch Software realisiert. Wie wollen Sie insbesondere die Technologieentwicklung, den Technologietransfer und die praktische Umsetzung und Kompetenzentwicklung in den Unternehmen in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik fördern?

Antwort: Innovation lebt von einem regen Ideenaustausch. Damit unsere Wissenschaft und Wirtschaft vom gegenseitigen Knowhow und Ideenreichtum profitieren können, haben wir die partnerschaftliche Vernetzung gestärkt und neue Kooperationsformen geschaffen. Wichtige Bausteine des Technologietransfers sind dabei u.a. unsere Landesagenturen und die Innovationsallianz BW. Darüber hinaus haben wir mit der Weiterbildungsstrategie des Landes Baden-Württemberg genau diese Bereiche im Blick. In den kommenden Jahren werden wir verstärkt in die Aus-, Weiter- und Fortbildung investieren.

6.4 Welches konkrete Konzept haben Sie für diese Unterstützung und wie unterstützen Sie die Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung, insbesondere an den Forschungseinrichtungen wie dem Karlsruher Institut für Technologie?

Antwort: Für uns Grüne steht fest: Hochschulen sind Zukunftslabore. Soziale und technische Innovationen müssen auch in der Gesellschaft ankommen. In Reallaboren arbeiten Wissenschaftler*innen gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft daran, konkrete Zukunftsprobleme zu lösen. Beispielhaft lässt sich hierbei das Reallabor „Robotische Künstliche Intelligenz“ am KIT nennen, das mit 800.000 Euro durch das Land Baden-Württemberg unterstützt wird.

Darüber hinaus fördert das Land seit 2016 gezielt die „Gründungskultur in Studium und Lehre“ mit einem Förderprogramm. So lassen sich wichtige Kompetenzen für Gründungen frühzeitig vermitteln. Gleichzeitig flankiert das Land Gründungen aus Hochschulen heraus mit verschiedenen Unterstützungsmaßnahmen, die wir im Hochschulrecht verankert haben. Wir haben vor, die universitäre und außeruniversitäre Forschung noch enger zusammenzubringen und bisherige Abgrenzungen abzubauen. Davon profitiert vor allem unsere mittelständische Wirtschaft.

7.) Historische Lernorte und Gedenkstätten

***Erläuterung der Landesvereinigung Baden in Europa:** Auch mit Blick auf die außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit existieren im Vergleich zwischen Baden und Württemberg unverändert erhebliche Schieflagen und Benachteiligungen: Mit zum Teil erheblichem finanziellen Aufwand unterstützt das Land Baden-Württemberg fünf größere Geschichtsorte und Gedenkstätten im württembergischen Landesteil. Im badischen Landesteil gibt es dagegen keine entsprechende Einrichtung. Seit dem Jahr 2012 bemüht sich ein Verein darum, auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers Kislau auf der Gemarkung von Bad Schönborn bei Bruchsal einen Lernort zur gesamtbadischen NS-Geschichte zu errichten. Seit dem Jahr 2018 fördert das Land dieses ‚Projekt Lernort Kislau‘ institutionell. Darüber hinaus wurde in den Landeshaushalt 2020/21 eine Verpflichtungsermächtigung über eine Summe von maximal 750.000 Euro für den für den Lernort nötig werdenden Neubau aufgenommen. Die Freigabe dieser Mittel soll aber nur nach Maßgabe einer mindestens fünfzigprozentigen Komplementärfinanzierung erfolgen. Da es unrealistisch ist, bei einem solchen Szenario eine Komplementärsumme via Spenden einzuwerben, hat der Verein im Benehmen mit der LpB Baden-Württemberg 2020 einen Antrag auf Förderung von Gebäude und Ausstellung des Lernorts Kislau im Rahmen der Bundesgedenkstättenförderung an die BKM gerichtet. Dieser Antrag wurde zwar für sehr professionell befunden, aber mit der Begründung abschlägig beschieden, dass es in erster Linie in der Verantwortung des Landes liege, das Lernort-Projekt zu unterstützen. Da die Finanzierungslücke – wie erwähnt – in dieser Dimension nicht mit Spendenmitteln aufgefangen werden kann, steht damit das gesamte Projekt auf der Kippe.*

7.1 Können Sie es verantworten, dass am Ort des zentralen badischen KZs der Jahre 1933 bis 1939, in dem ein ehemaliger Landesjustizminister ermordet wurde und von dem aus zahlreiche Häftlinge weiter in andere Lager und damit in den Tod ‚verschubt‘ wurden, weiter nicht an die NS-Zeit erinnert wird?

7.2 Und können Sie es vor allem verantworten, dass es im badischen Landesteil – anders als im württembergischen – auf absehbare Zeit weiterhin keinen Ort geben wird, an dem ein außerschulisches Vermittlungsangebot zur NS-Landesgeschichte unterbreitet wird?

Antwort: Die Erinnerungskultur ist uns Grünen sehr wichtig. Hier kommt den Gedenk- und Bildungsstätten eine zentrale Rolle zu. Sie leisten einen wertvollen Beitrag gegen das Vergessen und für eine tolerante, weltoffene Gesellschaft. Deshalb haben wir in diesem Bereich in den vergangenen Jahren einiges auf den Weg gebracht und werden dies auch weiterhin tun: So haben wir etwa am Generallandesarchiv Karlsruhe eine Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet, die wir in Zukunft noch weiterentwickeln wollen. Die Fördermittel für den Lernort Kislau sind im vergangenen Haushalt erhöht worden. Die Einrichtung des Forums Recht am Bundesgerichtshof in Karlsruhe fördern wir. Grundsätzlich werden wir auch künftig solche Projekte gerne und aus voller Überzeugung unterstützen.

Das ehemalige Konzentrationslager Kislau eignet sich in der Tat hervorragend, um hier eine Gedenkstätte einzurichten. Auch das Konzept „Projekt Lernort Kislau“ ist unserer Meinung nach sehr gut ausgearbeitet. Deshalb hat das Land hier bereits erste Förderungen institutioneller Art geleistet und darüber hinaus Mittel zugesagt. Wir Grüne haben uns sehr für diese Förderung eingesetzt. Leider konnte sich die Grüne Landtagsfraktion nicht komplett gegen die anderen Fraktionen durchsetzen. Deshalb waren die Fördersummen teilweise noch an sehr hohe Auflagen geknüpft. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Pläne für diesen Standort umgesetzt werden können.